

**Titel: Ausgestaltung von Pachtverträgen für landwirtschaftliche Flächen
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Federführung:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum:	12.06.2018
Bearbeiter:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen		

Einreicher:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
-------------	---------------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: ☒ Ja/ ☐ Nein
-----------------------	---------------	---

Anfrage:

1. Nach Aussage der Verwaltung verlangt die Hansestadt Stralsund eine marktgerechte Pacht, hält aber eine Aussage zu den Bodenpunkten des verpachteten Ackerlandes nicht für möglich. Eine wesentliche Grundlage für die Höhe einer Pacht ist aber unstrittig die Qualität des Ackerlandes, welches verpachtet wird. Wie bestimmt die Verwaltung dann eine marktgerechte Pacht, wenn dies nicht über die Bodenpunkte geschieht?
2. Nach Aussage der Verwaltung sollen bestehende Pachtverträge dann verlängert werden, wenn ein Pächter seine vertraglichen Verpflichtungen zur vollsten Zufriedenheit der Hansestadt Stralsund als Verpächterin erfüllt hat. Nach welchen Kriterien beurteilt die Stadtverwaltung, ob ein Pächter diese vertraglichen Verpflichtungen zur vollsten Zufriedenheit erfüllt hat?
3. Nach Aussage der Verwaltung erfolgt im Rahmen einer Angebotsabfrage für Pachtflächen keine Bevorzugung ökologisch zertifizierter Betriebe. In welcher Form schafft die Verwaltung dann Wettbewerbsgerechtigkeit vor dem Hintergrund, dass durch konventionell arbeitende Betriebe indirekt – etwa durch Düngemittel- und Pestizidbelastungen von Wasser und Boden – erhebliche Mehrkosten für die Öffentlichkeit entstehen?

Begründung:

In der schriftlichen Beantwortung der Anfrage „Verpachtung von Ackerland nach ökologischen Kriterien“ führt die Stadtverwaltung aus, dass keine Aussage zu den Bodenpunkten der bewirtschafteten Flächen möglich sei. Nach unserer Kenntnis ist aber gerade auch die Wertigkeit der Böden wesentliche Grundlage für die Pachthöhe. Ferner ergeben sich nach der Antwort der Stadtverwaltung Fragen zur Wettbewerbsgerechtigkeit.